



Aufstehen und Mitmachen, die ersten Schritte auf dem Weg zu einem Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde, sind auch die zentralen Elemente der Arbeit des BMA.



10 Jahre

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit: Eine Geschichte vom Aufstehen und Mitmachen

Aufstehen impliziert ein waches Bewusstsein von der eigenen Würde und der existentiellen Bedeutung des „aufrechten Gangs“. Die Weigerung, sich – von wem auch immer – klein oder „platt“ machen zu lassen, und die Bereitschaft, mit der ganzen Person für ein menschenwürdiges Dasein nicht nur für sich, sondern auch alle Mitmenschen geradestehen. **Mitmachen** impliziert die Erkenntnis, dass es viele Menschen in gleicher oder ähnlicher Lebenslage gibt, die nur in gemeinsamer Anstrengung ihre Daseinsbedingungen verändern und eine humane Gesellschaft, die diesen Namen verdient, aufbauen können, und die Bereitschaft, sich um dieses Ziel willen mit den anderen zu solidarischen Kampf zusammenzuschließen. **Aufstehen und Mitmachen** bestimmten das Denken und Handeln des Bündnisses von

Anfang an! Erwachsen aus dem pastoralen Schwerpunkt „Kirche und Arbeiterschaft“ im Bistum Aachen, sollte das Bündnis nach dem Willen der Gründungsmütter und -väter einen neuen Aufbruch wagen, entschiedene Schritte über die institutionellen Grenzen der Kirche in die Welt tun und alle gesellschaftlichen Kräfte (u.a. die Gewerkschaften) zum Mitmachen einladen, die sich solidarisch gegen die wachsende soziale Kälte und Gleichgültigkeit eines menschenfeindlichen Wirtschaftssystems und für soziale Gerechtigkeit einsetzen wollten.

Im November 2005 war die Stunde des BMA gekommen. Wir wollen sie nicht historisch nennen, sondern einfach einen der seltenen

glücklichen Momente für einen „Aufstand“ der kleinen Leute, ihre Entschlossenheit, kleine Schritte zu tun, und für einen Perspektivwechsel, wie er sich unmissverständlich in den damals verabschiedeten Zielen des Bündnisses aussprach: „Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung in arm und reich, gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen“ und vor allem: „Vorrang der Arbeit vor dem Kapital“. Es ging darum, den Gedanken der unantastbaren Menschenwürde wieder mit dem Begriff der Arbeit zu verbinden und in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewusstseins zurückzuholen. Nicht die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und nicht die ... **weiter auf Seite 2** ▶

**„Mit versöhntem
Herzen kämpfen
für eine gerechtere
Welt...“**

Eddi Erlemann

Edditorial

Schreibt man Ed(d)itorial mit einem oder mit zwei d?

Diese Frage, die sonst nur penible Deutschlehrer auf die Palme bringen und zum Rotstift greifen ließe, hat für den Bündnisrat des BMA grundsätzlichere Bedeutung: Dürfen wir auch in Zukunft die einleitenden Worte des Bündnisbriefes, für die Edmund Erlemann verantwortlich zeichnete, unter seinem „Markenzeichen“ veröffentlichen? Nein, wir dürfen nicht, wir müssen! Es waren immer die *Edditorials*, in denen er seine Sicht der Dinge zu den verschiedenen Themen des Bündnisbriefes deutlich, klar und unverblümt zum Ausdruck brachte. Abstrakte theoretische Analysen waren seine Sache nicht. Er ging – wie im Leben – von den Sorgen und Nöten der „kleinen Leute“ aus, die ihm am Herzen lagen. So etwa im Mai 2011, als er von Nicole, der alleinerzie-

henden Mutter erzählte, die „ganz unten“, im „Prekariat“ angekommen sei, der „neuen Klasse der Ausgebeuteten“: „Der globalisierte Raubtierkapitalismus“ schrieb er da, habe es fertig gebracht, dass nichts mehr sicher sei: nicht Geld, noch Job, noch Leben. Eddi nahm aber immer auch sein Gegenüber in die Pflicht: „Wissen Sie was? Machen Sie mit im Bündnis für Menschenwürde und Arbeit. Da kämpfen wir gemeinsam mit vielen Menschen guten Willens gegen die Verhältnisse des Prekariats und für unser Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Mahnruf zieht sich durch alle *Edditorials*. Bis zum Schluss, als ihn die schwere Krankheit schon zeichnete, begleitete er durch seine Präsenz und seine ermutigende Teilnahme die

Arbeit des Bündnisrates, wie die der vielen anderen Initiativen und Einrichtungen, die er (mit) auf den Weg gebracht hatte: des Volksvereins, des Vereins Wohlfahrt, des Arbeitskreises Eine Welt, des Arbeitskreises Asyl, des Friedensforums, des TAK, des Bruno-Lelieveld-Hauses ...und wie sie alle heißen. Sie alle sind sich der Verpflichtung bewusst, die über seinen Tod hinausreicht: „mit versöhntem Herzen“, so gut es eben geht, gemeinsam zu kämpfen...“ für unser Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und deshalb wird das *Edditorial* des Bündnisbriefes auch in Zukunft – dem Studienrat zum Graus, dem Bündnisrat zur Freude – mit zwei d geschrieben. | Alex Micha



... Fortsetzung von Seite 1 Profitinteressen der Kapitaleigner dürfen weiterhin ungefragt das gesellschaftliche Leben der Vielen bestimmen. Vielmehr hat, so das Gründungsstatut, „alles Wirtschaften dem Wohl des Menschen zu dienen“. Diese Zielsetzung bedeutete auch:

- Abschied von der neoliberal eingefärbten „Mitte“
- entschiedene Parteinahme für die Menschen am Rand der Gesellschaft
- Aufstehen gegen den kapitalgesteuerten Mainstream, dem es, wie die Wahlen in unserem Land zeigen, immer noch gelingt, den Menschen vorzugaukeln, Geld und wirtschaftliche Macht seien in den Händen der Reichen am besten aufgehoben

Dieser Kampf geht gegen einen unsichtbaren und doch allgegenwärtigen Feind, der jedes Aufbegehren, jeden Widerstand unter der TINA-Parole („there is no alternative“) erstickt. Gegen diesen verborgenen Feind, gegen den bösartig wuchernden Mainstream eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, beharrlich von Bündnisbrief zu Bündnisbrief dicke Bretter zu bohren, war Ziel und Praxis des Bündnisrates von Anfang an. Genannt seien nur wenige Themen, die uns im Lauf der Jahre unter den Nägeln brannten:

- Bedingungsloses Grundeinkommen (Nov. 2007)
- Leben im Prekariat (Mai 2011)
- Wir brauchen einen Perspektivwechsel (Juni 2012)
- Sklaverei heute (Okt. 2013)
- Die Koalition der Blutsauger: gegen TTIP und CETA (Sommer 2014/Nov. 2014)
- Rentner, wollt ihr ewig leben? Oder: Der soziale Restmüll (Mai 2015)

Für die Aktionen, die das Bündnis in den 10 Jahren seines Bestehens durchführte, waren die genannten Maximen handlungs- und zielbestimmend, wie sie sein Vordenker und Vorkämpfer Edmund Erlemann seinen Freun-

den immer wieder ans Herz legte: „Weg von der Mitte! Nehmt die kleinen Leute mit! Lasst euch nicht auf die Rolle von Lobbyisten reduzieren. Sondern sorgt dafür, dass die Menschen sich selbst ermächtigen, ihre Sache offen vertreten und aufstehen für die ihnen zustehenden Rechte!“

Beispielhaft für diese Orientierung war die Klagemauer-Aktion von 2009, die uns zu den sozialen Brennpunkten, also dorthin führte, wo die „kleinen Leute“ zu Hause sind: ins Arbeitslosenzentrum, in den TAK, ins Bruno-Lelieveld-Haus und zu den ganz Kleinen in der Gesamtschule Espenstraße, wo wir mit den konkreten Klagen der Menschen über ihre prekären Lebensumstände und das eisige soziale Klima in diesem Land, aber auch mit ihren

Träumen und Visionen von einer anderen, gerechteren Welt konfrontiert wurden und versuchten, ihrem Protest eine Stimme zu geben. Auch die „Ethiktagung von unten“ aus dem vorletzten Jahr verzichtete auf akademisch abgehobene Gesellschaftsanalysen und stellte – wie schon der Name sagt – dezidiert die Lebensverhältnisse, aber auch die Fantasien und die Kreativität der „kleinen Leute“ in den Mittelpunkt, und brachte „von unten“ her lebensnahe Lernprozesse in Gang.

Dazu kam der andere von Eddis Leitgedanken: „Macht euch nicht klein und unscheinbar! Stellt euer Licht nicht unter den Scheffel! Steht auf und geht auf die Straße!“

Im Januar 2008 demonstrierten wir mit einer Mahnwache vor dem damaligen Stadttheater für den Erhalt des Arbeitslosenzentrums, im Juli 2010 mit einer Demo, ausgehend von der Brandtskapelle, gegen die Hartzgesetze und die anderen Grausamkeiten der deutschen Sozialpolitik.

„Aufstehen für eine gerechte Gesellschaft“ stand in großen Lettern auf dem Banner, das wir durch die Gladbacher Straßen bis zum Arbeitslosenzentrum trugen.

Beides, Aufstehen und Mitmachen, kam geradezu gleichnishaft zusammen beim Zug der zahlreichen „kleinen Leute“, die Eddi nach der Auferstehungsfeier im Münster auf seinem letzten Weg zum Kapellchen begleiteten. Wieviel kostbares Potenzial „regionaler Fantasie“ und Einsatzbereitschaft war bei diesem Zug unterwegs zu neuen Ufern! All diese Menschen würden Eddis Botschaft, wenn

auch nur in ihr begrenztes Umfeld, weitertragen und, wie sie auf dem Weg sangen, seinen „Traum träumen“, mit versöhntem Herzen kämpfen für eine gerechtere Welt.

Als wir nach dieser, Eddis letzter Demo wieder vor der Kapelle standen, vor dem großen Banner „Aufstehen für eine gerechte Welt“, das

neben der Eingangstür aufgespannt war, da schien mir der Demonstrationzug von 2010, gewissermaßen auf umgekehrtem Weg an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt zu sein. Deshalb soll auch bei diesem kurzen Rückblick das letzte Wort dem gehören, für den Aufstehen und Mitmachen nicht nur handlungsleitend, sondern lebensprägend waren (aus dem Aufruf zur „Ethiktagung von unten“, Editorial des Bündnisbriefes vom Nov. 2012):

„Macht mit bei der Ethiktagung von unten ... Macht mit als Boten der Gerechtigkeit und tragt Klagen und Visionen ins Bewusstsein der Mächtigen, wie der Erzengel Gabriel die Klagen und Visionen der Leute in Jerusalem vor das Gesicht des Höchsten bringt. Er bleibt bei allen Klagenden. Wir wollen das auch: bleiben bei allen Klagenden und allen, die (noch) Visionen haben.“

Ich bin mir sicher, dass Eddi dem Erzengel ein Gutteil seines Botendienstes zum „Chef“ abnehmen und selber schultern wird. Dabei hat er schon zeitlebens mitgemacht. Dazu ist er auferstanden.

┆ Alex Micha

Macht euch nicht klein und unscheinbar. Steht auf und geht auf die Straße



10 Jahre gegen Sozialabbau: Bündnis für Menschenwürde und Arbeit Regionale Fantasie gegen globalisierte Alternativlosigkeit

Talkrunde am
20. November 2015 mit:
Dr. Michael Ramminger,
Karl Sasserath,
Hartmut Wellssow,
moderiert von
Bärbel Braun



Bärbel Braun
ver.di



Zuallererst möchte ich dem Bündnis für Menschenwürde und Arbeit danken und ganz herzlich zum 10-jährigen Jubiläum gratulieren.

Zu meinen Talkgästen: Edmund Erlemann hat den Kontakt zu Dr. Michael Ramminger hergestellt. Im August fand ein erster Kontakt statt und ich finde es sehr gut, wie es Dr. Ramminger gelingt Wissenschaft und reale soziale Lage miteinander zu verbinden.

Karl Sasserath kenne ich seit dem Beginn meines Studiums der Sozialen Arbeit. 1978 hat er als Tutor an der Hochschule Niederrhein die neuen Studierenden eingeführt, seither begegnen wir uns immer wieder. Mit Beginn meiner Berufstätigkeit bin ich Gewerk-

schaftsmitglied geworden und daher ist mir natürlich auch Hartmut Wellssow, ehemaliger DGB Vorsitzender, jetzt im Bündnisrat aktiv, sehr vertraut. Für die Talkrunde sind alle Talkgäste gebeten worden, auf die nachfolgenden Fragen zu antworten:

- Was treibt den Einzelnen an, wann und wie begann das eigene Engagement für die Kleinen, sozusagen in der Metapher von Edmund Erlemann „wie können wir die Kleinen groß machen“?
- Was macht es schwer, voranzukommen, und was hält davon ab „Viele“ auf diesem Weg mitzunehmen?
- Welche Ideen/Fantasien gibt es, um die notwendige Umverteilung endlich hinzukriegen?

Folgende zentrale Aspekte ergaben sich aus der Diskussionsrunde:

- Der Begriff „Arbeit“ (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen...) ist neu zu definieren!
- Wie können wir das „Soziale“ stärken, um den Umgang mit denjenigen, die am Rande der Gesellschaft ohne Hilfen und ohne Perspektiven leben, zu verbessern?
- Wie könnte ein Netzwerk aussehen, in dem das Bündnis und viele weitere UnterstützerInnen sich wirksam miteinander verbinden?

Und: Wir dürfen uns auf den nächsten Bündnisbrief freuen, der – wie immer – wichtige Informationen darstellt und nachvollziehbar macht.



Dr. Michael Ramminger
Institut für
Theologie und Politik
Münster

Warum das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit nötig wurde und nötig bleibt

Manchmal ist es gut, sich zu erinnern. Der deutsch-lateinamerikanische Ökonom Franz Hinkelammert sagte einmal von der Bundesrepublik, dass man eine sozialstaatliche Demokratie begründet hatte, die eine weitgehende Achtung wirklich allgemeiner Menschenrechte durchsetzte und in ihrer Tendenz die Identität der Gesellschaft als kapitalistischer Gesellschaft veränderte. Der kapitalistische Kern der Gesellschaft, so sagte er, war zwar keineswegs abgeschafft, aber er war relativiert worden. Im Jahr 1959 lagen Tarifabschlüsse bei 10%, 1975 noch bei ca. 6, 8%, im Jahr 2010 dann nur noch bei 2,5%. In den letzten 20 Jahren, so schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung, wurde die Steigerung der Bruttomonatsverdienste insgesamt durch die Steigerung der Verbraucherpreise aufgehoben, im Zeitraum 1992 bis 2012 sanken die Reallöhne um 1,6 Prozent. Wir können diese Reihungen für die Armuts-



Podiumsgespräch. Von links: Karl Sasserath, Dr. Michael Ramminger, Hartmut Wellssow, Bärbel Braun

Reichtumsverteilung, für die Beschäftigungsverhältnisse, für die Arbeitslosigkeit, Armut im Alter, Kinderarmut usw. fortführen und ahnen, welche Wirklichkeit sich hinter diesen nackten Zahlen verbirgt.

Wer gefährdet die Zivilisation?

Das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit stemmt und stemmt sich gegen diese Wirklichkeit – und gegen jene, die diese Wirklichkeit (und dieses System) als das „Ende der Geschichte“ verstehen. Das ist gut so, und das ist nicht immer leicht. Man hat sich gegen gesellschaftliche Plausibilitäten durchzusetzen, die manchmal hinter vorgehaltener Hand, manchmal auch offen gesagt werden („Leistung muss sich lohnen“, „Sozialstaat nicht bezahlbar“ etc.).

Aber wir wissen, mit Papst Franziskus gesprochen, wer und was die Zivilisation wirklich gefährdet: „Die Anbetung des goldenen Kalbes hat ein neues und herzloses Bild im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur der Wirtschaft ohne menschliches Antlitz und ohne menschliche Zielsetzung gefunden“, sagte er in einer Rede vor Botschaftern im Mai 2013.

Neu über Arbeit nachdenken

Aber auch wenn wir angesichts von Arbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen und Armut trotz Arbeit zu Recht darauf beharren, dass die Arbeit für den Menschen da ist und nicht umgekehrt, so wird es doch kein Zurück in die Zeiten vor der Globalisierung, in die „goldenen Zeiten“ des Sozialstaates geben können und dürfen. Denn diese Zeiten waren untrennbar an das wirtschaftliche Wachstum gekoppelt, ein Wachstum, das sich unser Planet heute nicht mehr leisten kann. Ist eine Welt denkbar, in der gesellschaftliche Teilhabe, Respekt und Anerkennung auch jenseits der Arbeit denkbar ist? Wessen Arbeit (auch bei der Frage des gerechten Lohnes) vergessen

wir, wenn wir von Arbeit reden, was ist z.B. mit den Frauen?

Der Rand ist die Mitte

Diese Überschrift, die ich in einem Artikel über das Arbeitslosenzentrum in Mönchengladbach gefunden habe, beschreibt, so glaube ich, sehr gut unsere Aufgabe und ein Kriterium, an dem sich prüfen lässt, ob wir uns am rechten Ort befinden. Das Arbeitslosenzentrum, das aus der Innenstadt verdrängt werden soll,

um des Profites willen, ist nicht nur Symbol, sondern realer Ausdruck unserer Gesellschaft: die Innenstädte sollen gesäubert werden von all denjenigen, die nicht ins Bild der jungen, dynamischen, aufstrebenden, gesunden und erfolgreichen Gesellschaft passen. Früher durften sie an den Kathedralen wenigstens noch um Almosen bitten, heute werden sie schnell von den „schwarzen Sheriffs“ der

modernen Kathedralen, den Shopping-Centern vertrieben. Dagegen beharrt das Bündnis nun schon seit zehn Jahren darauf, dass der Rand die Mitte ist und dass dies immer wieder sichtbar und vernehmbar gemacht werden muss. Solche Stimmen brauchen wir!

Projekt und Prophetie

Aber müssen wir jenseits solcher grundsätzlichen und prophetischen Kritik nicht auch immer konkret helfen? Z.B. Beratungsarbeit organisieren, alternative Arbeitsmöglichkeiten schaffen, Hilfe leisten, die kleinen Schritte in der lokalen Politik gehen? Ja, das müssen wir. Und wir müssen zugleich prophetisch bleiben und an der Möglichkeit und an der Rede einer Welt festhalten, an der alle teilhaben werden, in der nicht die einen auf Kosten der anderen immer reicher werden: Es ist genug für alle da. Konkrete Projekte helfen konkret. Sie sind darüber hinaus aber auch prophetische Zeichen, weil sie eben das Engagement derer bezeichnen, die sich mit den herrschenden Verhältnissen nicht zufrieden geben.

Ist eine Welt denkbar, in der gesellschaftliche Teilhabe, Respekt und Anerkennung auch jenseits der Arbeit denkbar ist?



Hartmut Wellssow
Bündnisrat

Wie kam ich zum Bündnis?

Ich kann mich noch erinnern, als die Pastoraltagung mit dem Schwerpunkt „Kirche und Arbeiterschaft“ im ehemaligen Neusprachlichen Gymnasium stattfand. Das war im Jahr bevor ich zum DGB-Kreisvorsitzenden gewählt werden sollte. Als DGB Vertreter war ich an der Vorbereitung beteiligt.

Später kam es dann zur Gründung des Bündnisses für Menschenwürde und Arbeit. Das war Eddi's Idee. Wir spannten ein großes Tuch auf, um symbolisch die Menschen die schwach waren, die nicht alleine stehen konnten, aufzufangen. So kam ich dann auch in den Bündnisrat. Da arbeite ich seitdem mit, so gut ich kann.

Wir haben damals mit der Arbeitsmarktkonferenz versucht, fantasievolle Dinge zu entwickeln. Das wurde allerdings stets vom Handwerk boykottiert. Man wollte sich nicht reinreden lassen, wie man Arbeitsplätze schafft. Das ist zum Beispiel ein Zeichen von regionaler Fantasielosigkeit.

Auf der anderen Seite sind deshalb Beispiele wie das Projekt der Wäscherei „Neue Arbeit“ der Diakonie so wichtig gewesen. Wenn es solche Initiativen nicht gegeben hätte, wäre die Situation auf dem Arbeitsmarkt wesentlich schlechter. Für mich als Gewerkschafter ist auch immer die Frage wichtig: Wird da auch Lohn bezahlt, der jemanden in die Lage versetzt, davon leben zu können? Und da gibt es Menschen, die sind beschäftigt und werden vernünftig bezahlt.

Ich denke auch an das Projekt „Clean up“ des Volksvereins Mönchengladbach, das dazu beiträgt, die Stadt von herumliegendem Abfall zu befreien.

Ich wünsche mir natürlich ein sauberere, aber auch sozialere Region. Die in dem Projekt Tätigen sind in Beschäftigung und können zu Hartz IV etwas hinzuverdienen, das nicht angerechnet wird, da es sich um eine Aufwandsentschädigung handelt. Darüber hinaus werden sie qualifiziert und einige

schaffen den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Zur Zeit handelt es sich um 18 Menschen. Was da alles passiert in dem „Billiglohnbereich“ ist ein Skandal. Den werden wir ganz schwer beseitigen können, da das Teil des Systems ist. Karl Marx hat gesagt: Innerhalb des Kapitalismus gibt es keine Inseln. Entweder die Systemfrage wird gestellt und dadurch wird sich radikal etwas verändern oder nicht. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben. Ich befürchte allerdings, wir werden noch nicht am Ziel sein, wenn ich 100 Jahre alt bin.



Karl Sasserath
Leiter des
Arbeitslosenzentrums
Mönchengladbach

Was motiviert mich?

Ich bin Sozialarbeiter und leite das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach. Die Einrichtung ist aus einer Selbsthilfegruppe hervorgegangen, die ihre Arbeit professionalisiert hat. Sehr schön ist der Respekt und die Anerkennung, die wir für unsere Arbeit erfahren. Das gilt für Ratsuchende, Multiplikatoren und Gutgesinnte, die unsere Arbeit unterstützen. Das Engagement, die viele Solidarität, die Empathie, die unserer Arbeit geschenkt wurde und wird – ohne die wir gar nicht bestehen könnten, macht einen Teil meiner Motivation aus.

Ein anderer Teil kommt aus der erfüllenden Erfahrung aus der Zusammenarbeit in solidarischen Netzwerken. Ohne die Möglichkeit auf diese zurückgreifen zu können, könnten wir den Arbeitsanfall gar nicht bewältigen.

Was macht mein Engagement schwer, wo sind Widerstände?

Die Welt hat sich in den vergangenen Jahren stark geändert. Obwohl sich die Arbeitslosen, die Armen mit ihren prekären Lebenslagen in den bestimmten Sozialräumen immer stärker polarisieren. Ich erinnere daran, dass Mönchengladbach in NRW, was die SGB II-Quote angeht, mit Platz 3 auf einem landesweiten Spitzenplatz liegt. Gleiches gilt für die Sozialtransferquote, wo die Stadt ebenfalls auf Platz 3 in NRW liegt. Auch ist dann die

Feststellung gar nicht weit, die da lautet, in Mönchengladbach gibt es eine üppige soziale Infrastruktur, die diesem falschen Trend nicht entgegenwirkt, sondern ihn unterstützt. Oder eben politisch die Auffassung zu vertreten, ein Arbeitslosenzentrum in der Nähe vom Einkaufstempel Minto, Museum Abteiberg, Rathaus oder am Kulturhügel muss da weg. Und: dass das Arbeitslosenzentrum in einer städtischen Immobilie auch noch mietfrei, residiert, damit muss jetzt endlich Schluss sein.

Fazit: Die bis heute ungeklärte Standortfrage macht unser Engagement schwer. Dabei möchte ich aber nicht vergessen, mich bei den Vielen, die für das Arbeitslosenzentrum die Stimme erhoben haben, zu bedanken. Trotzdem macht uns die Unsicherheit das Leben und unsere Arbeit sehr, sehr schwer. Die durch die Politik ausgelöste ungeklärte Standortfrage schadet unserem Verein auch wirtschaftlich. Denn: wer investiert in eine Einrichtung, deren Standort in den Sternen steht?

Wie geht künftig Veränderung in die richtige Richtung?

Ich glaube an die Notwendigkeit von Aufklärung, auch an die Veränderung von Bewusstsein. Hierzu bräuchte es in Mönchengladbach auch eine Diskussion über Adressaten, Zielgruppen, über Orte, Medien oder Formate wie in Mönchengladbach eine autonome Öffentlichkeitsarbeit hergestellt werden kann, die auch Effekte auslöst.

Ist soziale Hilfe Ersatz für notwendiges staatliches Engagement?

Um den Staat zum Handeln zu bringen, braucht es eine politische Alternative zum gegenwärtigen Status quo. Solange diese sich aber nicht zu erkennen gibt, braucht es vor allem einen langen Atem, Zivilcourage und Mut.

Befähigen wir zur Selbstorganisation von Menschen in ihrer sozialen Lage?

Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Frage, die wir uns politisch viel stärker stellen müssen.

Haben wir bei allen verspürten Defiziten Selbstbewusstsein, finden gut, dass es uns gibt?

Auf jeden Fall!



Die Gäste der Jubiläumsfeier lauschten einem spannenden Programm ...



... und diskutierten anschließend bei einer stärkenden Suppe.

Armut im Alter – mehr als ein gesellschaftlicher Skandal



Warum befassen wir uns mit dem Thema? Weil wir den vielleicht wichtigsten Satz unseres Grundgesetzes ernst nehmen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Und weil wir einschreiten wollen, wenn diese Würde mit Füßen getreten oder verhöhnt wird: Wenn Millionen Menschen in einer der reichsten Gesellschaften auf dem Globus im Alter hungern, frieren, ausgegrenzt werden.

Die Altersarmut in Deutschland nimmt zu, immer mehr Menschen verbringen ihren Lebensabend darben oder verelendet. Diese Tatsache ist nicht nur ein gesellschaftlicher Skandal, sie bringt zum Ausdruck, dass in Deutschland RentnerInnen wie Abfall, wie Lumpen behandelt und entsorgt werden. Seit Jahrzehnten erfahren sie, dass ihr Leben für politische EntscheidungsträgerInnen wenig Wert hat. Diesen Menschen wollen wir zeigen, dass sie nicht vergessen sind, sondern mit ihren Fragen und Problemen ernst genommen werden.

Einige Tatsachen

Wer unermüdlich und ohne Unterbrechung seit Beendigung seiner Schulzeit mehr als 40 Jahre bei überdurchschnittlichem Gehalt voll erwerbstätig war, hat nicht nur für sich selbst, sondern für die Gesellschaft viel geleistet. Dennoch wird sie/er mit einiger Sicherheit zu der mehr als einer halben Million Mitmenschen gehören, die so wenig Rente beziehen, dass sie auf Grundsicherung oder Jobs für Zusatzverdienst angewiesen sind und sich trotzdem im Alter mehr oder weniger große Sorgen um ihre Exi-

stenzgrundlagen machen müssen. Warum? Alle Rentenreformen – Kombirente oder Zuschussrente, Riesterrente oder Pflegezusatzversicherung – haben die existenzielle Lage der meisten RentenbezieherInnen verschlechtert, der Mindestlohn bringt, selbst bei ununterbrochener Beschäftigung, eine Rente, die nicht über dem Sozialhilfeniveau liegt. Altersarmut ist in der Regel zwangsläufig, wenn jemand

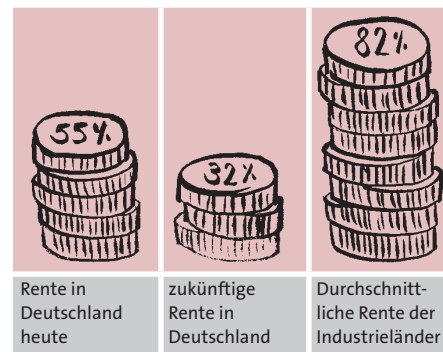
- keine oder nur eine geringe Qualifikation erwerben konnte
- keinen gut bezahlten Job bekommen hat
- eine gebrochene Erwerbsbiografie hat, aus welchen Gründen auch immer
- langzeitarbeitslos ist
- längere Zeit krankheitsbedingt nicht arbeiten konnte
- wegen der Pflege eines/einer Angehörigen für längere Zeit nicht arbeiten konnte
- wegen der Versorgung von Kindern seine Arbeit vorübergehend aufgeben musste
- aufgrund zu geringen Verdienstes nicht privat vorsorgen konnte
- sich mit Minijobs über Wasser halten musste
- als MigrantIn auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen hatte
- wegen krankmachender Arbeitsbedingungen in die Erwerbsunfähigkeit gerutscht ist
- längere Zeit unverschuldet von Hartz-IV bzw. von Grundsicherung leben musste.
- längere Zeit auf Hartz IV angewiesen war.

Etwa dreißig Prozent aller Rentner werden demnächst von Altersarmut betroffen oder bedroht sein. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden die Renten sinken und die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden RentnerInnen steigen – kontinuierlich und unerbittlich. Lügengebäude wie „die Rente ist sicher“, Verschleierung von Rentenkürzungen durch verbale Schönfärberei wie „Nachhaltigkeitsfaktor“ oder „Solidarische Lebensleistungsrente“, Betrug mit der Riesterrente und die zynische Forderung nach privater Vorsorge, wenn das Geld

für das tägliche Überleben kaum reicht, sind Akte der politischen Demütigung älterer Menschen.

Wir leben, aus dieser Wahrheit gibt es kein Entrinnen, in einer Gesellschaft, die einen großen Teil der ihr zugehörigen Menschen mit systematischen politischen Fußstapfen ins existenzielle Abseits befördert. Sie werden auf dem gesellschaftlichen Müllhaufen des nutzlosen und überflüssigen menschlichen Abfalls entsorgt. Das immer stärkere Auseinanderfallen von Arm und Reich in der deutschen Gesellschaft demonstriert die Verachtung der politisch und ökonomisch mächtigen Minderheiten gegenüber der Lebensleistung von Millionen.

Ihr politischer Wille verbirgt sich hinter den Zahlen der OECD, dass in Deutschland Rentner nur 55 Prozent ihres durchschnittlichen Einkommens erhalten – schon beschlossen: weitere Absenkung auf 30 % – während der Schnitt aller Industrieländer bei 82 Prozent liegt, in einigen Ländern sogar bei über 90 Prozent. Der Grund: In den meisten Ländern wird das Einkommen aller zugunsten der Geringverdiener umverteilt, während in Deutschland die Rente fast ausschließlich von den entrichteten Beiträgen in den Rentenversicherung abhängt.



Altersarmut konkret

Altersarmut bedeutet nicht nur, die menschlichen Grundbedürfnisse nicht mehr hinreichend befriedigen zu können, sie verelendet Betroffene kulturell, sozial – und gesund-

Der Mindestlohn bringt eine Rente, die nicht über dem Sozialhilfeniveau liegt.

... Fortsetzung von Seite 5 heitlich: „Armut macht krank“ bedeutet: Sie sterben früher, werden früher und häufiger chronisch krank, sie leiden an mehr und intensiveren psychischen und körperlichen Erkrankungen. Dieses RenterInnendasein erschöpft sich häufig darin, auf den Tod zu warten. Wenn Menschen aus Wohnungen vertrieben werden, in denen sie manchmal jahrzehntelang gelebt haben, sich nicht gesund ernähren können und im Winter frieren, weil ihnen Strom und Gas abgestellt werden, sind Krankheit, Isolation, Vereinsamung Wegmarken eines Rest-Lebens. Die Endlösung des Problems der Altersarmut klingt in den gesellschaftlich-politischen Diskursen allerdings schon an. Die Diskussionen um Krankheitskosten und Überforderung des Gesundheitssystems durch die „Überalterung“ der Gesellschaft hängen eng mit denen über Sterbehilfe und

Haben verelendete RentnerInnen noch ein Bleiberecht auf dieser Erde, wenn die Kosten für Krankenbehandlung und Pflege weiter steigen?

Euthanasie zusammen, die „ethisch bereinigt“ seit einigen Jahren geführt werden: Haben verelendete RentnerInnen noch ein Bleiberecht auf dieser Erde, wenn die Kosten für Krankenbehandlung und Pflege, für Einrichtungen der Versorgung oder Ablage, weiter steigen? Wie viele Behandlungen und Medikamente bzw. welchen Pflegeaufwand dürfen solche Menschen beanspruchen? Wer arm ist, soll früher sterben – wer politisch dafür sorgt, dass Reiche reicher und Arme ärmer werden, verfolgt dieses Ziel – noch nicht explizit, aber es schwingt in seinen Argumenten und Entscheidungen mit.

Altersarmut kennt auch ein „Generationenproblem“: Sie beginnt im Kindesalter. Ein Viertel aller Kinder in Deutschland lebt in Armut, ohne Bildungs- oder Ausbildungschancen, ihnen drohen geringes Arbeits-einkommen, Niedriglohnjobs, Arbeitslosig-

keit. Ausschluss vom materiellen, kulturellen, sportlichen, geistigen, künstlerischen Reichtum der Gesellschaft und gesundheitliche Risiken durchziehen ihr Leben „von der Wiege bis zur Bahre“ als roter Faden.

Gibt es Hoffnungen?

Jeder Mensch hat ein würdevolles Altern verdient. Es ist nicht viel nötig, um dieses Ziel zu erreichen: Es genügt Solidarität in der Gesellschaft, die selbstverständlich die weniger leistungsfähigen und weniger erfolgreichen Menschen mitträgt, auch im Alter.

Es genügt ein demokratisches Menschenbild, das jede Lebensleistung würdigt. Es genügt ein Gesellschaftsvertrag, der Grenzen für das private Anhäufen von gesellschaftlich geschaffenen Reichtum und für ein Mindestmaß an würdevollen Lebensbedingungen festlegt.

Es genügt die Gewissheit, dass eine Gesellschaft Werte wie Würde, Respekt und Solidarität zum Überleben braucht.

Dr. Günter Rexilius

Leben von 330 Euro im Monat

Auf Schnäppchen angewiesen

Hanne Schulz ist eine „Angebotsfrau“. Prospekte hier, Anzeigen in der Zeitung dort. Wo sind die Clementinen preiswerter, die Kekse, die Milch?

Die 72-Jährige muss monatlich von 330 Euro leben. Und das schafft sie, sagt die Gladbacherin. Weil sie konsequent die Lebensmittelpreise und -Angebote vergleicht – und weil sie rechnet und rechnet.

Sie lebe bescheiden, habe viele Freunde. „Und ich bin mit dem, was ich tue und kann sehr zufrieden“, lacht sie.

Ein Leben lang hat sie Menschen begleitet und gepflegt. Jetzt lebt sie in einer 44-Quadratmeter-Wohnung und von einer Rente, die nicht üppig ist. Weil die Rente so gering ist, erhält sie „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gemäß SGB 12“. Die 330 Euro bleiben nach Abzug aller Kosten (Miete, Versicherung usw.) übrig. Sie gehöre einer Generation an, die mit wenig leben könne, erzählt Schulz. Das habe sie zwar nicht gewollt, aber sie habe sich mittlerweile mit ihrer Situation arrangiert. Über das vielfache Gejammer und die Diskussionen über die Rentenlücke rege sie sich nicht mehr auf. Sie wünscht sich hier mehr Ehrlichkeit, gerade von der Politik. Jüngeren Menschen rät sie, an das „spätere (Rentner-)Leben“ zu denken und Vorsorge zu treffen.

Schulz weiss selbst, dass das viele gar nicht können. Beispiel Mindestlohn: Wer will von einem 8,50 Euro Stundenlohn Rücklagen bil-



Hanne Schulz ist mit dem, was sie tut und kann, zufrieden.

den? Wenn das Geld nicht mal reicht für die aktuelle Lebenssituation.

Wer wenig hat, der wird erfinderisch. Schulz gehört zu diesen Menschen. Haare schneiden lässt sie in Monaten mit geraden Ziffern, die Fußpflege ist an ungeraden dran. „Anders geht es nicht.“ Die Waschmaschine hat sie abgeschafft. Zu teuer. Jetzt dreht sich ihre Wäsche im Salon. Das sei billiger. Und kommunikativer. Hier komme sie mit Menschen ins Gespräch. Zuletzt traf sie einen Pensionär, der krank ist. Schulz braucht den Kontakt zu den Menschen. Deshalb geht sie zum Seniorenkarneval, den die Stadt anbietet. Acht Euro kostet der Eintritt, und die Bus- und Bahnfahrt bleibe dank ihres Behinderten-

Wer wenig hat, der wird erfinderisch.

ausweises preiswert wie bequem. Stolz zeigt sie ihr Ticket „Kino-Café“ in Neuss, wo es für wenig Geld aktuelle Kinofilme gibt. „Warum machen die so was nicht auch in Gladbach?“, fragt sie kritisch. Auch Heiligabend war sie nicht allein. Im Waldhausener TaK, dem Treff am Kapellchen, hat sie mit Menschen „Menschwerdung“ gefeiert.

Für eine Reise mit der evangelischen Kirchengemeinde Rheydt nach Georgensdorf – das polnische Calw ist ihre frühere Heimat und die ihrer Eltern – hat sie drei Jahre gespart. Monatlich 25 Euro. „Sie glauben gar nicht, wie schwierig das für mich war, von meinem wenigen Geld die Summe wegzulegen.“ Schulz hat es nicht bereut. Sie „lebt“ immer noch von den „Ferien zu den Wurzeln“. Herbert Baumann

Kein Ticket für Adele

Konzertbesuche wurden für Peter B. unbezahlbar



Peter B. lässt sich „nicht gern alimentieren“.

Peter B. ist und bleibt ein Musiker. Damals, in den 60ern und natürlich auch später, spielte er erfolgreich in der ein oder anderen Gladbacher Band Gitarre.

Beat, Rock, Modern Jazz – das sorgte für Stimmung. Den heute 72-Jährigen kannte damals „Gott und die Welt“.

Der Mann mit der inzwischen grau und lichter gewordenen Mähne hatte viele Freunde, war beruflich wie finanziell gut abgesichert. Peter erzählt aus seinem besseren Leben ohne Zorn. Er bekommt feuchte Augen, wenn er von den „schönen Zeiten“ berichtet. Jahrzehnte später ist B. mit 72 erstaunlich fit, doch aus seinem eher unbeschwerten Leben ist ein Kampf ums Überleben geworden. Der Gladbacher („Ich kann alleine ganz gut leben“) bekommt heute 572 Euro Rente netto monatlich. Nach der Pleite mit einer Kneipe nahe der Altstadt hatte er große Schulden. Die stotterte er lange ab. An eine Privatinsolvenz habe er nicht gedacht. „Das war ein Fehler, sonst wäre ich heute wirtschaftlich besser drauf“, sagt er. Seine Zahnlücken sind gut erkennbar, wenn er lacht. Und er lacht trotz allem oft und gerne. Dass er einen Anspruch auf einen Zuschuss für die Zahnreparatur hat, weiß er. Doch zum „Amt“ gehe er nicht. Die Hemmschwelle sei zu

groß für ihn. Er lasse sich nicht gerne alimentieren, betont er. Weil er sich gut fühlt, hat er einen Job angenommen und verdient dazu. Als Fahrer bei einem Spediteur. Dieser ist Subunternehmer eines Subunternehmers der DHL. Sein Arbeitgeber lehne es strikt ab, sagt B., den Mindestlohn von 8,50 Euro zu zahlen. 6,50 Euro brutto – mehr bekomme er nicht. Der karge Lohn ermögliche ihm eine gewisse Freiheit. Für den Besuch eines Konzerts der britischen Sängerin Adele habe es leider keine Tickets mehr gegeben. Dafür habe er einige Zeit gespart. Als er ein Gastspiel mit Pink Floyd besuchte, musste er nur 16 Mark bezahlen. Das ist lange her. Neuerdings zieht ihm der gewinnsüchtige Spediteur Beträge vom Mini-Lohn ab. „Das darf er eigentlich nicht.“ Und der Unternehmer liefere ihm auch keine Belege. Jetzt hat der 72-Jährige einen Anwalt eingeschaltet. „Genug ist genug“. Das Verhalten des Spediteurs sei „kriminell“.

Sitzt er nicht mehr am Lenkrad, kommt der Nächste, der sich ausheuten lässt.

den Besuch eines Konzerts der britischen Sängerin Adele habe es leider keine Tickets mehr gegeben. Dafür habe er einige Zeit gespart. Als er ein Gastspiel mit Pink

Floyd besuchte, musste er nur 16 Mark bezahlen. Das ist lange her. Neuerdings zieht ihm der gewinnsüchtige Spediteur Beträge vom Mini-Lohn ab. „Das darf er eigentlich nicht.“ Und der Unternehmer liefere ihm auch keine Belege. Jetzt hat der 72-Jährige einen Anwalt eingeschaltet. „Genug ist genug“. Das Verhalten des Spediteurs sei „kriminell“.

Dass die Gesellschaft solche Methoden möglich mache, ärgert den Rentner. Sitzt er nicht mehr am Lenkrad, kommt der Nächste, der sich ausheuten lässt. Der sich anbahnende Rechtsstreit wird B. den Job kosten. Vermutlich werde er bald wieder Taxi fahren.

B. gehört zu den Menschen, die Kommunikation brauchen. Das Gejammere vieler seiner älteren Zeitgenossen könne er nicht mehr hören. „Ich sage dann immer, tut was, und ihr werdet euch besser fühlen.“

Unter seinen Gesprächspartnern sind aber auch solche, die krank sind und keinen Nebenjob ausüben können. „Die wissen genauso wie ich, was finanzielle Armut im Alter ist“, sagt der 72-Jährige. Und das sehr nachdenklich.

Herbert Baumann

Altersarmut

Verlierer sind vorwiegend Frauen

Altersarmut ist für die einen nur eine statistische Größe, für die Betroffenen dagegen von existenzieller Bedeutung. So gesehen ist es ein Thema, welches zusehends an Brisanz gewinnt.

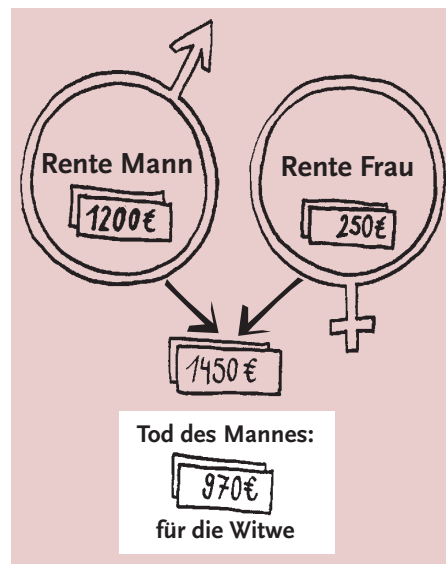
Die Verlierer stehen auch heute schon fest: es sind vorwiegend Frauen. Bedingt durch Minijobs, Arbeitslosigkeit, Zeitverträge usw. geraten allerdings auch immer mehr Männer in diese Falle.

In den sechziger und siebziger Jahren blieben viele Frauen Zuhause und widmeten sich der Kindererziehung, was sich wiederum auf ihre späteren Renten auswirkte. Der Mann ist meist der Hauptnährer und wenn dieser im Alter verstirbt und seine Frau dann mit 60% seiner Rente auskommen muss und dazu selbst nur eine kleine Rente bezieht, dann sieht es, wenn sie nicht anderweitig vorgesorgt haben, doch sehr böse aus.

Um das einmal an einem Beispiel festzumachen: Der Verstorbene bezog netto ca. 1.200Euro Rente und sie ca. 250Euro, dann ergibt sich bei 60% nur noch eine Witwenrente von ca. 720Euro plus eigene 250Euro

970Euro gegenüber vorher 1.450Euro, bei gleichbleibenden Kosten. Denn Miete, Strom usw. verringern sich ja nicht. Damit liegt der Betrag aber über der Grundsicherung, so dass normalerweise keine Zuschüsse zu erwarten sind.

Bei der jüngeren Generation sieht es durch prekäre Arbeitsverhältnisse, geringfügige Beschäftigung, steigende Arbeitslosigkeit nicht viel besser aus.



Hier ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, der auf Drängen der Gewerkschaften endlich Realität geworden ist, auch nur ein Schritt in die richtige Richtung.

Wer aus heutiger Sicht 45 Jahre lang für den Mindestlohn gearbeitet hätte, bekäme eine Bruttorente von ca. 720Euro, Rentenerhöhungen nicht mitgerechnet. Das ist eine erschreckende Aussicht, bedeutet es doch, dass diejenigen im Alter trotz langjähriger Arbeit wiederum auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Bei den geringfügig Beschäftigten sieht die Situation noch schlimmer aus. Wenn diese Einkünfte zusätzlich zu einer Hauptbeschäftigung erzielt werden, also wirklich aus einer Nebentätigkeit resultieren, steigern sie sogar die Rente, im anderen Fall, wenn geringfügige Beschäftigung aber statt einer Hauptbeschäftigung ausgeübt wird, ist das Ergebnis im Renteneintrittsalter erschreckend niedrig. Hoffentlich nehmen die Betroffenen wenigstens die Versicherungspflicht wahr und lassen sich nicht davon befreien, denn dann bestünde noch nicht einmal Versicherungsschutz im Krankheitsfalle.

Alles in Allem, die nüchterne Analyse für die Zukunft vieler Menschen sieht nicht rosig aus. Gewerkschaften und Parteien haben hier noch dicke Bretter zu bohren. Erika Zachau



Konferenz zur Altersarmut

16. April, 9.30 – 15.30 Uhr im Volksverein

Veranstaltung des „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ (BMA) zur Problematik der zunehmenden Altersarmut

Heute schon ist Altersarmut ein spürbares Problem vieler RenterInnen. In den kommenden Jahrzehnten wird es noch wesentlich mehr werden. Unterbrochene Erwerbsbiographien, Niedriglohnsektor und Rentenkürzungen fordern im Alter ihren Tribut.

Man spricht nicht umsonst von einer zukommenden „Welle der Altersarmut“. Das öffentliche Bewusstsein entspricht jedoch nicht der Größe der damit verbundenen sozialen Verwerfungen.

Darum veranstaltet das BMA am Samstag, 16. 4. 2016 von 9.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr im Volksverein Mönchengladbach, Geistenbeker Str. 107 eine Veranstaltung zur Altersarmut als gegenwärtige und besonders künftige

große soziale Herausforderung. Dabei werden Erfahrungen und Initiativen vor Ort vorgestellt, die Ursachen der Altersarmut beleuchtet und Alternativen zur bisherigen Renten- und Sozialpolitik diskutiert. Dies wird begleitet von Frau Jutta Schmitz – Uni Duisburg/Essen Institut „Arbeit und Qualifikation“.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Wolfgang Fels

Wer macht eigentlich die Altersarmut?

Vortrag am 1. März ab 19 Uhr im TAK

Gründe für eine absehbare Katastrophe und mögliche Lösungen: Altersarmut wird von den politisch Verantwortlichen noch immer als Nischen-Phänomen abgetan. Doch die Entwicklung ist absehbar.

Große Teile der heute Erwerbstätigen werden im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein. Die Erklärung ist simpel: In den vergangenen 20 Jahren wurde ein Niedriglohnsektor ohne Beispiel geschaffen. Gleichzeitig wurde die gesetzliche Rente nachhaltig demontiert. Die Bevölkerung soll dafür verstärkt privat vorsorgen.

Doch mit Riester, Rürup & Co verlieren die Kunden jährlich nachweislich viele Milliarden Euro. Die Altersarmut wird dadurch nicht verhindert, sondern noch verschärft.

So lautet die erschreckende Bestandsaufnahme der Bestsellerautoren und Rentenexperten Holger Balodis und Dagmar Hühne, die am 1. März ab 19 Uhr im Treff am Kapellchen (Rudolfstr. 7) ihren Vortrag „Wer macht eigentlich die Altersarmut?“ präsentieren.

Sie zeigen, weshalb die gesetzliche Rente zerstört

wurde und wer davon profitiert. Doch sie sind auch überzeugt: Eine sichere und armutsfeste Altersversorgung ist möglich. Höhere Renten für alle, ohne Überforderung der Beitragszahler. Nach dem Vortrag ist Zeit für eine ausführliche Diskussion.



Dagmar Hühne und Holger Balodis

Holger Balodis und Dagmar Hühne berichteten rund 25 Jahre lang als Fachautoren für die ARD-Magazine „plusminus“, „monitor“ und „Ratgeber Recht“.

Sie haben zahlreiche Bücher für die Verbraucherzentralen, Stiftung Warentest, den Econ Verlag verfasst. Darunter den Spiegel-Bestseller „Die Vorsorgelüge“.

Ihr jüngstes Buch erschien im Westend Verlag: „Garantiert beschissen!“



kurz gesagt:



Der Draht zum Bündnisrat

Markus Lange 02159/81 75 75
 mail@steuerberatung-lange.com
 Hartmut Wellsow 02161/66 65 24
 wellssow.bartrina@online.de
 Heinz Backes 0241/45 24 75
 heinz.backes@bistum-aachen.de
 Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
 johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de
 Alex Micha 02161/58 13 99
 Robert Manstetten 0241/132 05
 r-d@manstetten.com

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
 Wolfgang Fels, Tel. 02161/948 90 83
 Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach
 www.menschenwuerde-und-arbeit.de
 buero@menschenwuerde-und-arbeit.de
Bankverbindung:
 Förderverein Stiftung Volksverein MG
 Sparkasse Mönchengladbach
 (BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25
 Verwendungszweck: Bündnis